

# Der Bürger soll den Etat verstehen

Für jeden verständliche Einblicke in den städtischer Haushalt sollen für mehr Transparenz sorgen

*FK: Sa 23.09.2006*

**Die Stadt Hanau bereitet sich auf einen Bürgerhaushalt vor. Im Haupt- und Finanzausschuss wurden jetzt erste Überlegungen angestellt, wie dieses Ziel erreicht werden kann – eventuell als Vortragsveranstaltung.**

HANAU · Ein städtischer Haushalt ist für manchen Bürger – und mitunter auch für manchen Stadtverordneten – nicht nur ein sehr dickes Buch, sondern auch eines mit sieben Siegeln. Damit der Bürger nachvollziehen kann, in welcher finanziellen Lage sich seine Stadt befindet und für welche Zwecke und Investitionen die Steuern ausgegeben werden, soll ein kommunaler Bürgerhaushalt für die nötige Transparenz sorgen. In Berlin, Hamburg oder im südhessischen Groß-Umstadt ist dieses Vorhaben mehr oder weniger verwirklicht. Allerdings merkte Oberbürgermeister und Kämmerer Claus Kaminsky

(SPD) in der Ausschusssitzung an: „Die unterschiedlichen Konzepte gehen sehr weit auseinander“. Die Unterschiedlichkeit beginne bereits mit der Frage, so Kaminsky, wann der Bürger Einblick in den Etat und in die Finanzlage einer Kommune erhält: bevor der Magistrat den Haushaltsentwurf für die Beratung im Parlament schreibt, bevor der Etat ins Parlament geht oder nach der Entscheidung der Stadtverordneten? Überdies stelle sich die Frage, ob der Bürger in Teilbereichen bei der Gestaltung des Etats mitwirken soll oder ob ihm das Zahlenwerk lediglich vorgestellt wird.

## **Mehrjähriger Vorlauf**

Die Mitglieder des Ausschusses waren sich nach einer gut einstündigen Beratung einig, dass ein Bürgerhaushalt einen mehrjährigen Vorlauf und einen langsamen Einstieg voraussetzt, um eine entsprechende Akzep-

tanz in der Bevölkerung zu finden. Die städtische Homepage im Internet soll Entwicklungshilfe leisten. Zunächst müsse ein allgemein „lesbarer Haushalt“ erstellt werden, meinte der Ulrike Feistel von der Linkspartei. Auch forderte sie die Hinzuziehung von Experten. Dabei wurde vor allem die Bertelsmann-Stiftung ins Gespräch gebracht, die Projekte zum Bürgerhaushalt begleite – zwei Punkte, die in der Beschlussfassung des Ausschusses positiv aufgenommen wurden.

Bei der Einführung des Bürgerhaushaltes will man sich zunächst zwei Jahre Vorlauf gönnen, das auch mit Hinblick auf die Haushaltsumstellung von der jetzigen einfachen Kameralistik hin zu komplizierteren Doppik (Doppelte Buchführung in Konten Soll und Haben), mit der ein transparenteres Rechnungswesen erzielt werden soll. Außerdem soll es das Wirtschaften der Kommu-

nen zu Lasten künftiger Generationen erschweren. Zur Einführung der Doppik sind die Kommunen gesetzlich verpflichtet.

So oder so – OB Kaminsky vertrat die Meinung, dass Thema bleibe für den Bürger schwierig. „Ich ahne“, sagte der Rathauschef, „dass die Resonanz auf eine solche Veranstaltung eher schwach ist“.

## **Das Interesse muss wachsen**

Diese Einschätzung vertrat auch Hildegard Gebert (CDU). „Was ist aus der großen Bürgerbeteiligung zur Agenda 21 geworden?“ fragte sie. „Die Leute sind veranstaltungsmüde geworden.“ Wulf Hilbig von den Grünen warnte vor verfrühtem Pessimismus. Er meinte: „Man soll nicht gleich enttäuscht sein, wenn bei der Vorstellung des ersten Bürgerhaushaltes die Beteiligung gering ist.“ In der Bürgerschaft müsse zunächst das Interesse wachsen.

SUN